

*Zum Verbleib beim Bieter bestimmt, nicht mit dem Teilnahmeantrag oder dem Angebot zurückgeben!*

**Genderhinweis:**

*Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung der Sprachformen männ-*

*Zum Verbleib beim Bieter bestimmt, nicht mit dem Teilnahmeantrag oder dem Angebot zurückgeben!*

**An alle Bieter**

**Besondere Bewerbungsbedingungen für das Verhandlungsverfahren mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb gem. § 17 VgV**

Sehr geehrte Damen und Herren,

die FAIR - Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH (im Folgenden „FAIR“, Vergabestelle oder „Auftraggeber“) führt ein Verhandlungsverfahren mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb gem. § 17 VgV, § 119 Abs. 5 GWB für die Ausschreibung „**42F/2600036292FAIR – Erbringung von vergabe-, vertrags- (bau- und architektenrechtlichen) und verwaltungsrechtlichen Beratungsleistungen**“

mit nachfolgenden Bedingungen durch:

**0. Mitteilung von Unklarheiten in den Vergabeunterlagen**

Nach Erhalt der Vergabeunterlagen hat der Bewerber diese auf Vollständigkeit zu überprüfen. Sind die Vergabeunterlagen unvollständig oder enthalten sie nach Auffassung des Bewerbers Unklarheiten, so hat der Bewerber unverzüglich den Auftraggeber vor Abgabe des Teilnahmeantrags über das DTVP darauf hinzuweisen.

Unvollständig ausgefüllte, oder nicht unterzeichnete Bestandteile der Teilnahmeunterlagen führen nach Maßgabe der nachfolgenden Bestimmungen zum Ausschluss des Bewerbers. Entsprechendes gilt, wenn gemäß den Eigenerklärungen Ausschlussgründe anzunehmen sind oder die nachfolgend aufgelisteten Mindestanforderungen nicht eingehalten werden.

**01. Checkliste Mindestanforderungen gemäß Dokument: 05 Teilnahmeantrag und Eignung**

- **Z. 1.4 Eigenerklärung Betriebs-/Berufshaftpflicht: Der Bewerber verfügt über eine Haftpflichtversicherungsschutz mit einem Deckungsumfang von mindestens 5 Millionen €, zweifach maximiert im Versicherungsjahr bei einem zum Geschäftsbetrieb in der EU zugelassenen Versicherungsunternehmen.**

Geschäftsführung:  
Prof. Dr. Thomas Nilsson  
Dr. Katharina Stummeyer  
Jörg Blaurock

Sitz: Darmstadt  
Amtsgericht Darmstadt HRB 89372  
USt-IdNr.: DE275595927

Commerzbank Darmstadt  
BLZ 508 400 05 . Konto 13 26 30500  
IBAN DE03 5084 0005 0132 6305 00  
BIC COBADEFF508

- **Z 1.7 Eigenerklärung Zulassung Rechtsanwaltsgesellschaft:** Das Unternehmen des Bewerbers ist als Rechtsanwaltsgesellschaft zugelassen. Der AG behält sich eine Nachforderung des Nachweises offen.
- **Z. 1.8 Unternehmensdarstellung:** Der Bewerber hat in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren einen Mindestumsatz von 2 Millionen € pro Geschäftsjahr erwirtschaftet
- **Z. 1.9 Auftragsausführende Personen:** Der Bewerber hat in den letzten drei abgeschlossenen Kalenderjahren mindestens fünf Anwälte/Anwältinnen beschäftigt, wobei hiervon mindestens zwei Anwälte/Anwältinnen mit Fachanwaltszulassung im Bau- und Architektenrecht zugelassen sein müssen, mindestens ein/eine weitere(r) Anwalt/Anwältin mit Fachanwaltszulassung im Verwaltungsrecht zugelassen ist. Eine einschlägige Berufserfahrung von mind. 10 Jahren ist erforderlich.  
Im Übrigen muss zumindest ein Anwalt/eine Anwältin über eine vergaberechtliche Berufserfahrung von mindestens zehn Jahren verfügen.  
Ein weiterer Anwalt/eine Anwältin muss in einem dieser Rechtsgebiete Bau- und Architektenrecht, Verwaltungsrecht oder Vergaberecht über eine einschlägige Berufserfahrung von mindestens zehn Jahren verfügen.  
Die jeweiligen Urkunden zum Fachanwalt sind dem Teilnahmeantrag beizulegen.  
Der Bewerber erklärt, dass die zu vorgenannten Personen für die Bearbeitung des Auftrages zur Verfügung gestellt werden und die einschlägige Berufserfahrung gemäß Eigenerklärung vorliegt.
- **Z. 1.10 Referenzen:** Für die vom Bewerber gem. Z. 1.9 zum Nachweis seiner Eignung benannten fünf Anwälte/Anwältinnen hat der Bewerber jeweils mindestens eine Referenz pro Anwalt/Anwältin vorzulegen, aus der sich eine wesentliche Projektbeteiligung (punktuelle Tätigkeiten oder Vertretungen reichen nicht aus) bei einem Projekt mit den nachfolgend benannten Anforderungen und einem Bauvolumen von zumindest 100 Millionen €, ergibt. Eingereichte Referenzen dürfen nicht älter als fünf Jahre sein.  
Sie dürfen sich auf noch laufende Projekte beziehen. Auch kann in den Referenzen für mehrere Anwälte/Anwältinnen auf dasselbe Projekt Bezug genommen werden, wenn die Anwälte/Anwältinnen in demselben Projekt gearbeitet haben.

Die Projektbeteiligung muss sich auf Tätigkeiten im Bereich des Bau- und Architektenrechts, des Verwaltungsrechts oder Vergaberechts im Sinne

der Z. 1.9 in diesem Dokument beziehen und eine Tätigkeit in einem der drei nachfolgend benannten Projekttypologien zum Gegenstand haben

a) bei einem Hochbauprojekt im Bereich der technischen Infrastruktur oder Forschungseinrichtung mit einem öffentlichen oder diesem vergaberechtlich gleichgestellten Auftraggeber

oder

b) bei einem Hochbauprojekt unter Verwendung von Bundesmitteln und/oder sonstigen Fördermitteln

oder

c) bei einem Hochbauprojekt mit einer Einbindung in eine komplexe Projektstruktur mit einem Vertragsmanagement, eine Einkaufsabteilung, einer Rechtsabteilung, einem zuständigen Landes- und/oder Bundesministerium.

Das jeweilige Bauvolumen ist anhand der Kostengruppen 200-700 nach DIN 276 zu benennen (Abschätzung zulässig).

## A. Teilnahmewettbewerb

### 1. Bestandteile des Teilnahmeantrags

**HINWEIS:** Klarstellend hebt die Vergabestelle hervor, dass die Begriffe „Bewerber“, „Bieter“, „Anbieter“ und „Auftragnehmer“ jeweils dieselbe (juristische) Person bezeichnen; „Bewerber“ heißt es in der Regel im Teilnahmewettbewerb, „Bieter“ in der Angebotsphase. Die „Bewerbergemeinschaft“ und die „Bietergemeinschaft“ werden ebenfalls synonym verwendet; der Übersichtlichkeit halber findet sich in den weiteren Unterlagen nur der Begriff „Bietergemeinschaft“, auch wenn es um den Teilnahmewettbewerb geht.

Folgende von der FAIR mit den Vergabeunterlagen zur Verfügung gestellten **Formblätter sind als Bestandteil des Teilnahmeantrags bei der Vergabestelle ausgefüllt einzureichen:**

- **Dokument „05 Teilnahmeantrag und Eignung“ bestehend aus:**
  - **1.1 Formblatt Teilnahmeantrag**
  - **1.2 Formblatt Erklärung zur Eignung nach §§ 123, 124 GWB**
  - **1.3 Formblatt zu Verstößen gegen das SchwarzArbG, das AEntG, das AufenthaltG sowie gegen das MiLoG**
  - **1.4 Formblatt Berufshaftpflichtversicherung mit Mindestdeckungssummen.**

- 1.5 Formblatt über weitere Angaben zum Bieter
- 1.6 Formblatt Erklärung zur Verordnung (EU) 833/2014
- 1.7 Eigenerklärung Zulassung Rechtsanwaltsgesellschaft
- 1.8 Formblatt Unternehmensdarstellung mit Mindestanforderung Umsatz
- 1.9 Auftragsausführende Personen mit Mindestanforderung Qualifikation
- 1.10 Formblatt Referenzen mit entsprechenden Mindestanforderungen an die Referenzen.

nur auszufüllen, wenn zutreffend:

- Ggf. 1.11 Formblatt Bietergemeinschaft
- Ggf. 1.12 Formblatt Unterauftragnehmer, im Falle der Eignungsleihe zwingend zusammen mit der ausgefüllten und vom Unterauftragnehmer unterzeichneten Formblatt 1.13 Verfügbarkeitserklärung

Wenn der Bieter die **Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) gem. § 50 VgV** einreicht, müssen **ergänzend** zunächst nur die folgenden der oben genannten Formblätter beigelegt werden:

- Formblatt Unternehmensdarstellung (ausgefüllt, wegen der zusätzlich abgefragten Daten)
- Formblatt zu Verstößen gegen das SchwarzArbG, das AEntG, das AufenthG sowie gegen das MiLoG
- Formblatt Berufshaftpflichtversicherung

Ergänzend weist FAIR darauf hin, dass in diesem Fall jedes Mitglied der Bietergemeinschaft und auch jeder Nachunternehmer eine EEE ausfüllen muss.

**Folgende Unterlagen sind vom Bewerber zu erstellen und als Bestandteil des Teilnahmeantrags ebenfalls bei der Vergabestelle einzureichen:**

- **Nachweis des Handelsregistrauszugs, nur auf Nachforderung des AGs**
- **Nachweise gemäß Ziffer 1.9 im Dokument „05 Teilnahmeantrag und Eignung“**

**Die mit den Vergabeunterlagen zur Verfügung gestellten Formblätter sind – in Abhängigkeit vom Teilnahmeantrag – vollständig auszufüllen. Die Nichtvorlage bzw. unvollständige Vorlage der geforderten Unterlagen sowie wissentlich falsche Erklärungen können zum Ausschluss des Bewerbers von der Teilnahme am Wettbewerb führen. FAIR behält sich eine einmalige Nachforderung von Unterlagen**

**innerhalb einer im Nachforderungsschreiben festzusetzenden Frist gemäß § 56 VgV vor. Die Bewerber können sich auf eine Nachforderung aber nicht verlassen. Letztendlich unvollständige Teilnahmeanträge werden ausgeschlossen (§ 57 Abs. 1 Nr. 2, Abs. 3 VgV).**

Bewerber dürfen dem Teilnahmeantrag keine eigenen Vertragsbedingungen zugrunde legen. Änderungen an den Vergabeunterlagen (beispielsweise Streichungen oder Ergänzungen in den zur Verfügung gestellten Unterlagen an dafür nicht vorgesehenen Stellen) sind unzulässig und führen zum Ausschluss vom weiteren Verfahren, § 57 Abs. 1 Nr. 4, Abs. 3 VgV.

Zur Information liegen den Vergabeunterlagen folgende Dokumente bei:

- Leistungsbeschreibung
- Unterlagen zur Angebotsphase (Vertrag, CSX 42 - Angebotswertungsmethoden und -kriterien.pdf; Angebotsformblatt)

Diese Unterlagen sind nicht auszufüllen und nicht mit dem Teilnahmeantrag einzureichen. Insbesondere die Unterlagen zur Angebotsphase dienen lediglich der Information und sind nicht auszufüllen und mit dem Teilnahmeantrag einzureichen.

**Sollten in der 1. Phase des Verfahrens (Teilnahmewettbewerb) bereits Angebote eingereicht werden, kann dies zum Ausschluss des Bewerbers führen.**

## **2. Wertung der Teilnahmeanträge / Auswahlkriterien**

Die Vergabestelle prüft in einem ersten Schritt die Vollständigkeit der Bestandteile des Teilnahmeantrages sowie die Einhaltung der Mindestanforderungen (siehe unter 0.1 Checkliste Mindestanforderungen).

In Bezug auf die Referenzen erfolgt neben den Mindestanforderungen eine Bewertung (Auswahl) der Referenzen wie folgt:

**Für die vom Bewerber gem. Z. 1.9 Auftragsausführende Personen im Dokument „05 Teilnahmeantrag und Eignung“ zum Nachweis seiner Eignung benannten fünf Anwälte/Anwältinnen hat der Bewerber jeweils mindestens eine Referenz pro Anwalt/Anwältin vorzulegen, aus der sich eine wesentliche Projektbeteiligung (punktuelle Tätigkeiten oder Vertretungen reichen nicht aus) bei einem Projekt mit den nachfolgend benannten Anforderungen und einem Bauvolumen von zumindest 100 Millionen € netto, ergibt.**

**Eingereichte Referenzen dürfen nicht älter als fünf Jahre sein.**

Sie dürfen sich auf noch laufende Projekte beziehen. Auch kann in den Referenzen für mehrere Anwälte/Anwältinnen auf dasselbe Projekt Bezug genommen werden, wenn die Anwälte/Anwältinnen in demselben Projekt gearbeitet haben.

Die Projektbeteiligung muss sich auf Tätigkeiten im Bereich des Bau- und Architektenrechts, des Verwaltungsrechts oder Vergaberechts im Sinne der Z. 1.9 im Dokument „05 Teilnahmeantrag und Eignung“ beziehen und eine Tätigkeit in einem der drei nachfolgend benannten Projekttypologien zum Gegenstand haben

a) bei einem Hochbauprojekt im Bereich der technischen Infrastruktur oder Forschungseinrichtung mit einem öffentlichen oder diesem vergaberechtlich gleichgestellten Auftraggeber

oder

b) bei einem Hochbauprojekt unter Verwendung von Bundesmitteln und/oder sonstigen Fördermitteln

oder

c) bei einem Hochbauprojekt mit einer Einbindung in eine komplexe Projektstruktur mit einem Vertragsmanagement, eine Einkaufsabteilung, einer Rechtsabteilung, einem zuständigen Landes- und/oder Bundesministerium.

Das jeweilige Bauvolumen ist anhand der Kostengruppen 200-700 nach DIN 276 zu benennen (Abschätzung zulässig).

Soweit mehr als drei Bieter die vorgenannten Mindestanforderungen erfüllen, findet eine Bewertung nach Punkten (Auswahlkriterium) der mit den Teilnahmeanträgen genannten Referenzen wie folgt statt:

Bauvolumen (Kostengruppen 200-700 nach DIN 276) in netto:

Unter 100 Mio. Euro	=	Ausschluss
über 100 Mio. Euro	=	20 Punkte
über 350 Mio. Euro	=	50 Punkte
über 500 Mio. Euro	=	100 Punkte
über 750 Mio. Euro	=	150 Punkte
über 900 Mio. Euro	=	200 Punkte

Die drei geeigneten Bewerber mit der höchsten aufaddierten Punktzahl aus dem zuvor beschriebenen Auswahlkriterium (es wird jeweils der höchste Wert aus den eingereichten Referenzen des jeweiligen Anwalts gewertet) werden im weiteren Verfahren zur Angebotsabgabe aufgefordert. Bei Punktegleichheit in Bezug auf

alle eingereichten Referenzen für alle Projekte zu Ziffer 2a-2c, entscheidet die Summe der Punkte des Auswahlkriteriums zu Ziffer 2.c. (Hochbau-Projekt mit einer Einbindung in eine komplexe Projektstruktur). Sollte danach immer noch Punktegleichstand bestehen, entscheidet das Los.

### **3. Frist für die Abgabe des Teilnahmeantrags**

Die in der Bekanntmachung genannte Frist für die Abgabe der Teilnahmeanträge ist unbedingt einzuhalten. Verspätet eingegangene Teilnahmeanträge werden vom Verfahren ausgeschlossen, es sei denn, der Bieter hat dies nicht zu vertreten (§ 57 Abs. 1 Nr. 1, Abs. 3 VgV).

### **4. Anforderungen an die Form des Teilnahmeantrags**

Die Vergabestelle akzeptiert die Abgabe der Teilnahmeanträge allein elektronisch in Textform.

#### **Hinweis – Elektronisch in Textform**

**Die Übermittlung der Teilnahmeanträge in elektronischer Form erfolgt fristgerecht über den Vergabemarktplatz DTVP (Deutsches Vergabeportal).**

URL: <http://www.dtv.de/Center/>

Die von der FAIR bereitgestellten Formblätter und sonstigen auszufüllenden Dokumente können

- entweder in der Rubrik „auszufüllende Dokumente“ online im Bietertool ausgefüllt werden oder
- zusammen mit den weiteren vom Bieter separat zu erstellenden Bestandteilen des Teilnahmeantrags bzw. Angebots (Konzepte oder Erläuterungen etc.) lokal ausgefüllt bzw. erstellt und sodann sämtlich in der Rubrik „Eigene Dokumente“ hochgeladen werden.

Die Bieter sollen jedoch nicht die Formblätter online ausfüllen und nochmals separat hochladen, da hierbei Übertragungsfehler geschehen können und der Aufwand auf beiden Seiten erhöht wird.

Zur Wahrung der Textform gemäß § 126b BGB bei der Abgabe der Teilnahmeanträge müssen die Bieter nachfolgende Angaben machen:

- Bei natürlichen Personen ist der vollständige Name (Vor- und Nachname) zu nennen (Name der erklärenden Person im Formblatt Teilnahmeantrag).
- Bei juristischen Personen und Handelsgesellschaften und Gesellschaften sind der Firmenname zu nennen und die Rechtsform. Darüber hinaus ist der vollständige Name des Mitarbeiters/der Mitarbeiterin zu nennen, der/die für die

Firma den Teilnahmeantrag abgibt (Name der erklärenden Person im Formblatt Teilnahmeantrag). Das Einfügen eines Firmenlogos reicht nicht aus.

- Bei Bietergemeinschaften ist als erklärende Person im Sinne von § 126b BGB der Mitarbeiter/die Mitarbeiterin des federführenden Mitglieds im Teilnahmeantrag zu benennen, der/die für die Bietergemeinschaft den Teilnahmeantrag abgibt; im Übrigen ist das Formblatt „Erklärung Bietergemeinschaft“ einzureichen.

Zu beachten ist, dass bei elektronischer Einreichung die Textform des § 126b BGB im Vergaberecht nur eingehalten ist, wenn die Teilnahmeanträge über die Vergabeplattform verschlüsselt übermittelt werden (vgl. die Information zur eVergabe). **Die Einreichung des Teilnahmeantrags per E-Mail genügt nicht.**

Bei fehlerhaften / unvollständigen Angaben, welche die oben genannten Formvoraussetzungen verletzen, werden die Teilnahmeanträge ausgeschlossen, es sei denn, der Bieter hat dies nicht zu vertreten (§ 57 Abs. 1 Nr. 1, Abs. 3 VgV).

## **5. Kommunikation mit den Bewerbern**

Die Kommunikation mit den Bewerbern erfolgt über die Ausschreibungsplattform des DTVP. Fragen sind über das DTVP an die FAIR zu übermitteln und werden über das DTVP beantwortet. Mündlich bzw. telefonisch gestellte Fragen zu den Unterlagen oder dem Auftragsgegenstand werden nicht beantwortet; mündlich bzw. telefonisch erteilte Antworten sind nicht verbindlich.

## **6. Sprachen**

Verfahrens- und Vertragssprache ist Deutsch. Die Vergabeunterlagen sind ggf. teilweise in Deutsch und Englisch verfasst, Spezifikationen und technische Anlagen teilweise auch nur in Englisch. Bei Dokumenten, die in Deutsch und Englisch verfasst sind, ist allein die deutsche Fassung verbindlich; die englische Version dient in diesem Fall nur dem besseren Verständnis für ausländische Bieter. Im Falle von Abweichungen zwischen der deutschen Version und der englischen Übersetzung gilt der deutsche Originaltext.

Wenn der Bieter dem Angebot Eignungsnachweise in einer anderen Sprache beifügt, sind deutsche Übersetzungen mit einzureichen.



## B. Angebotsphase

### 1. Verfahrenshinweise

FAIR wird nach Ablauf der Abgabefrist für die Teilnahmeanträge diese auf Vollständigkeit der eingereichten Unterlagen sowie auf die Erfüllung eventuell in der Bekanntmachung festgelegter Mindestanforderungen überprüfen. Auch nach einer eventuellen Nachforderung noch unvollständige Teilnahmeanträge, werden vom weiteren Verfahren ausgeschlossen.

**Die drei geeigneten Bewerber mit der höchsten aufaddierten Punktzahl aus dem zuvor beschriebenen Auswahlkriterium, die mit dem Teilnahmeantrag ihre Eignung im Sinne von § 122 GWB nachgewiesen haben, wird die FAIR zur Abgabe eines Angebots in der zweiten Phase (Angebotsphase im Verhandlungsverfahren) auffordern.**

In der Aufforderung zur Angebotsabgabe wird auch die **verbindliche Frist für die Abgabe der Angebote** benannt werden. Verspätet eingegangene Angebote werden vom weiteren Verfahren ausgeschlossen, es sei denn, der Bieter hat dies nicht zu vertreten (§ 57 Abs. 1 Nr. 1 VgV).

FAIR wird die Erstangebote auf Vollständigkeit der eingereichten Unterlagen sowie auf die Erfüllung eventuell in der Bekanntmachung festgelegter Mindestanforderungen überprüfen. FAIR wird überdies die Wirtschaftlichkeit der angebotenen Preise prüfen und die Angebote anhand der Zuschlagskriterien (s.u.) vorläufig bewerten.

FAIR behält sich gemäß § 17 Abs. 11 VgV ausdrücklich vor, bereits auf der Grundlage der Erstangebote den Auftrag zu vergeben, ohne in Verhandlungen einzutreten. Die zum Ablauf der Abgabefrist abgegebenen Erstangebote sind daher bereits bindend.

Sollte Verhandlungsbedarf bestehen und daher der Zuschlag nicht bereits auf die Erstangebote erteilt werden, wird der Auftraggeber anschließend über die Erstangebote und eventuelle Folgeangebote mit den Bietern verhandeln (nur nicht über die Mindestbedingungen und die Zuschlagskriterien), je nach Bedarf in einer oder mehreren Runden. FAIR behält sich vor, die Verhandlungen mit den Bietern zu führen, deren Erstangebote im Rahmen der vorläufigen Bewertung die höchste Punktzahl erhalten haben.

Am Ende der Verhandlungen wird FAIR den noch am Verfahren beteiligten Bietern eine einheitliche Frist zur Abgabe der finalen Angebote setzen; über diese finalen Angebote wird FAIR wiederum anhand der festgelegten Zuschlagskriterien entscheiden, ohne nochmals zu verhandeln. FAIR weist darauf hin, dass der Zuschlag auf einen konkret verhandelten Vertrag erfolgen kann, dessen konkrete Regelungen sich von den mit anderen Bietern endverhandelten Verträgen durchaus unterscheiden kann.

Die allgemeinen Verfahrenshinweise aus Teil A. dieser Bewerbungsbedingungen zu Sprache und Form der Teilnahmeanträge, der Mitteilung von Unklarheiten, zur Kommunikation, zu Bietergemeinschaften und Unterauftragnehmern etc. gelten für die Erstellung und Abgabe der Angebote in Phase 2 entsprechend. Etwas anderes gilt nur, sofern die Regelungen der Natur der Sache nach nur für Teilnahmeanträge gelten können oder im Folgenden oder in der Aufforderung zur Abgabe eines Angebots ausdrücklich abweichende Regelungen für die Angebote enthalten sind.

Auch in Phase 2 gilt: Alle mit den Vergabeunterlagen zur Verfügung gestellten Formblätter und Vorlagen sind vollständig auszufüllen. Die Preisangaben haben auf dem Angebotsformblatt zu erfolgen. Bieter dürfen ihrem Angebot keine eigenen Vertragsbedingungen zugrunde legen. Änderungen an den Vergabeunterlagen (beispielsweise Streichungen oder Ergänzungen in den zur Verfügung gestellten Unterlagen an dafür nicht vorgesehenen Stellen) sind grundsätzlich unzulässig. Die Nichtbeachtung der vorstehenden Vorgaben führt zum Ausschluss des Angebots aus dem Vergabeverfahren, §§ 53, 57 VgV.

Folgende Mindestbedingungen sind gemäß § 17 Abs. 10 VgV nicht der Verhandlung zugänglich:

- Leistungsbeschreibung
- Umfang des Haftpflichtversicherungsschutzes

Aus Gründen der Nachvollziehbarkeit und Transparenz sind diese Änderungen jedoch in einer Tabelle zusammenzustellen und entsprechend zu kennzeichnen. Nimmt ein Bieter an den Unterlagen Änderungen vor, ohne diese eindeutig zu kennzeichnen, kann er vom weiteren Verfahren ausgeschlossen werden.

## 2. Angebotsbestandteile

Alle über das DTVP zur Verfügung gestellten Vergabeunterlagen bilden die Basis für das Angebot.

Folgende dem Bieter mit den Vergabeunterlagen zur Verfügung gestellten Unterlagen sind als **Bestandteil des Angebotes bei der Vergabestelle einzureichen**:

### – Angebotsformblatt (ausgefüllt)

Folgende Unterlagen sind **von dem Bieter zusätzlich zu erstellen und mit dem Angebot ebenfalls bei der Vergabestelle einzureichen**:

### – Konzept zur Auftragsabwicklung

Folgende Unterlagen sind ebenfalls Bestandteil des Angebots, **verbleiben jedoch beim Bieter**:

- Vertrag
- Leistungsbeschreibung
- VOL/B in der aktuellen Fassung

### 3. Form und Frist

Die Vorgaben zur Form der Teilnahmeanträge (Teil A. Ziffer 3) gelten auch für die Einreichung der Angebote. Die in der Aufforderung zur Angebotsabgabe genannte Frist für die Abgabe der Angebote ist unbedingt einzuhalten. Verspätet eingegangene Angebote werden vom Verfahren ausgeschlossen, es sei denn, der Bieter hat dies nicht zu vertreten (§ 57 Abs. 1 Nr. 1 VgV).

### 4. Zuschlagskriterien / Angebotsauswertung

Der Zuschlag wird auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt. Die zur Wertung zugelassenen Angebote werden anhand der Zuschlagskriterien mit der entsprechend angegebenen Gewichtung gewertet.

Unter Beachtung der allgemeinen Grundsätze der Gleichbehandlung und Transparenz hat der Auftraggeber folgende Zuschlagskriterien festgelegt:

Zuschlagskriterien	Gewichtung	Punkte
Gesamtangebotspreis	70 %	Wertungsmethode, siehe unten
Leistungskriterien (LK)	30 %	Wertungsmethode, siehe unten

Im Folgenden wird erläutert, nach welchen Maßstäben die festgelegten Zuschlagskriterien gewertet werden:

#### 4.1 Gewichtung der Zuschlagskriterien

Die Wertung erfolgt nach der Preis-Quotient Methode. Preis und Leistung werden mit den o.g. Gewichtungsfaktoren versehen. Die Preis-Quotient-Methode lässt sich wie folgt darstellen:

$$Z = G(\text{Leistung}) * L(\text{Angebot}) + G(\text{Preis}) \frac{L(\text{best}) * P(\text{niedrigst})}{P(\text{Angebot})}$$

Die einzelnen Formelbestandteile sind wie folgt definiert:

- Z(Angebot) = Gewichtete Punktzahl für Preis-Leistungs-Bewertung des zu bewertenden Angebots  
G(Leistung) = Gewichtungsfaktor für die Leistungskriterien des zu bewertenden Angebots laut Tabelle oben  
L(Angebot) = Gesamtpunktzahl der Leistungskriterien des zu bewertenden Angebots als Referenzwert

G(Preis) = Gewichtungsfaktor für den Gesamtangebotspreis des zu bewertenden Angebots laut  
Tabelle oben  
L(best) = Bester Gesamtpunktwert der Leistungskriterien der wertbaren Angebote  
P(niedrigst) = Niedrigster Gesamtangebotspreis der wertbaren Angebote  
P(Angebot) = Gesamtangebotspreis des zu bewertenden Angebots

### Beispiel zur Preis-Quotient-Methode (70 % Preis / 30 % Qualität):

#### **Ausgangsdaten**

Bieter A: Qualität 10 Punkte, Preis 120.000 €

Bieter B: Qualität 8 Punkte, Preis 100.000 €

Niedrigster Preis: 100.000 €

Beste Qualität: 10 Punkte

Formel:  $Z = 0,30 \times L(\text{Angebot}) + 0,70 \times (L(\text{best}) \times P(\text{niedrigst}) / P(\text{Angebot}))$

#### **1.1 Berechnung Bieter A**

Qualitätsanteil:  $0,30 \times 10 = 3,0$

Preisanteil:  $0,70 \times (10 \times 100.000 / 120.000) = 5,833$

Gesamtwert:  $Z = 3,0 + 5,833 = 8,833$

#### **1.2 Berechnung Bieter B**

Qualitätsanteil:  $0,30 \times 8 = 2,4$

Preisanteil:  $0,70 \times (10 \times 100.000 / 100.000) = 7,0$

Gesamtwert:  $Z = 2,4 + 7,0 = 9,4$

#### **1.3 Ergebnis**

Bieter	Qualität	Preis	Gesamtwert
A	10	120.000 €	8,833
B	8	100.000 €	9,400

Bieter B gewinnt trotz eines Qualitätsrückstands von 2 Punkten, weil sein Angebot 20 % günstiger ist.

## 4.2 Zuschlagskriterium „Gesamtangebotspreis“

Im Rahmen des Zuschlagskriteriums „Gesamtangebotspreis“, welches mit **70 %** in die Bewertung einfließt, werden die Preisangaben wie folgt berücksichtigt:

Maßgeblich für das Zuschlagskriterium „Preis“ ist die angebotene „Gesamtsumme netto“, also die Summe der Angebotspreise für die Einarbeitung und der laufenden Beratung.

Fehlende oder unvollständige Preisangaben werden nicht nachgefordert und führen zum Ausschluss des Bieters.

Zur Abgabe des preislichen Angebots ist das **Angebotsformblatt** auszufüllen, dessen Vorgaben im Angebotsformblatt selbst und in der Leistungsbeschreibung näher ausgeführt sind. Für die Leistungserbringung sind ausschließlich die im Angebotsformblatt ausgewiesenen Preise maßgeblich.

## 4.3 Zuschlagskriterium „Auftragsabwicklungskonzept“

Das Auftragsabwicklungskonzept wird qualitativ danach bewertet, ob die dargestellte Organisation des Anwaltsteams eine zeit- und qualitätsgerechte Bearbeitung der in der Leistungsbeschreibung benannten Rechtsanwaltsaufgaben erwarten lässt. Bei der Bewertung wird auf einer kontinuierlichen Skala von 10 Punkten für die volle Zielerfüllung der Auftragsausführung, bis 0 Punkte für keine Zielerfüllung nach folgendem Muster bewertet:

Punkte	Bewertung	Bemerkung
9-10	Sehr gut	besonders hervorragende Erfüllung der Anforderungen an das Auftragsabwicklungskonzept
7-8	Gut	erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegende Erfüllung der Anforderungen an das Auftragsabwicklungskonzept trotz leichter Mängel
5-6	Befriedigend	Erfüllung der Anforderungen an das Auftragsabwicklungskonzept, die trotz kleinerer bis mittelgroße Mängel noch den durchschnittlichen Anforderungen entspricht
3-4	Ausreichend	an erheblichen Mängeln leidende, im Ganzen nur noch knapp brauchbare Erfüllung Anforderungen an das Auftragsabwicklungskonzept
0-2	Mangelhaft bis Un- genügend	völlig unbrauchbare Erfüllung der geforderten Anforderungen an das Auftragsabwicklungskonzept

Bei der Vergabe der Punkte gemäß Punkt 4.4.2 werden als Bewertungsmaßstab

- die Vollständigkeit der Darstellungen des Bieters,
- die Schlüssigkeit der Darstellungen des Bieters,
- die inhaltliche Qualität und Tiefe der Darstellungen des Bieters sowie die Auseinandersetzung des Bieters mit den mitgeteilten Projektdaten berücksichtigt.

#### **4.4 Formale und inhaltliche Vorgaben für das Zuschlagskriterium Auftragsabwicklungskonzept**

##### **4.4.1 Formale Anforderungen**

Das Konzept hat in formaler Hinsicht aus einer Präsentation auf Grundlage von MS-PowerPoint (oder vergleichbar) zu bestehen. Die Folien der Präsentation sind als Datei im pdf-Format mit dem Angebot zu übergeben.

Die Folien sollen möglichst nicht aus Fließtext bestehen, sondern sollen die Inhalte möglichst im Präsentationsstil (Sätze bzw. Halbsätze möglichst mit Spiegelstrichen/Gliederungsebenen) vermitteln. Schaubilder, Graphiken, Skizzen etc. sind zugelassen. Die Schriftgröße darf 8 Punkte nicht unterschreiten.

Der Umfang des Konzeptes darf 10 Seiten Präsentation nicht übersteigen. Pro Seite ist eine Folie vorzusehen. Sollte das Konzept die vorgegebene Seitenzahl übersteigen, werden ausschließlich Inhalte der ersten 10 Seiten bzw. Folien gewertet, weitere Seiten bzw. Folien bleiben bei der Wertung unberücksichtigt.

##### **4.4.2 Inhaltliche Anforderungen, max. 30 %**

Das vom Bewerber eingereichte Auftragsabwicklungskonzept wird entsprechend den Bewertungsmaßstäben nach Z. 4.3 in diesem Dokument bewertet, wobei max. 10 Punkte vergeben werden. Die Bewertung bezieht sich auf die Darstellung des Bewerbers zu den nachfolgend benannten Themenkomplexen:

**In dem „Auftragsabwicklungskonzept“ hat der Bieter darzulegen, auf welche Art und Weise er beabsichtigt, die hier ausgeschriebene Leistung abzuwickeln. In dem Konzept hat der Bieter insbesondere die in den Vergabeunterlagen gemachten Angaben zu dem Projekt sowie Art und Umfang der vorliegend zu vergebenden Leistungen bei seinen Darstellungen zu berücksichtigen.**

**Die Darstellung des Bieters soll insbesondere folgende Themenkomplexe beschreiben:**

a) Darstellung der auftragsnehmerseitigen Organisationsstruktur unter Benennung der einzusetzenden Anwälte/ Anwältinnen und deren geplante zeitliche Ressourcen;

b) Benennung des Hauptansprechpartners/-partnerin und dessen/deren Vertretung;

c) Darstellung der Stellvertretungs- und Nachfolgeregelung bei Urlaub, Krankheit oder sonstiger Personalveränderungen bei dem Auftragnehmer

d) Darstellung von Reaktionszeiten (zum Beispiel unter Berücksichtigung von Vor-Ort-Abstimmungsterminen, vgl. Vertrag §6 (1) etc.)

e) Eingesetzte IT-Lösung und Umgang mit Datenschutz

Bei der Bewertung des Auftragsabwicklungskonzeptes können max. 10 Punkte erreicht werden. Die Vergabe dieser Punkte durch die Vergabestelle erfolgt nach einem umgekehrten Schulnotensystem, vgl. Punkt 4.3 in diesem Dokument. Es werden nur ganze Punkte vergeben.

## **5. Nebenangebote, § 35 VgV**

Nebenangebote sind nicht zugelassen.

## **6. Gewerbliche Schutzrechte, § 53 Abs. 8 VgV**

Sollten für den Gegenstand des Angebots gewerbliche Schutzrechte bestehen oder vom Bieter oder anderen beantragt sein, ist das in den Erläuterungen zum Angebot anzugeben. Sollte ein Bieter erwägen, Angaben aus dem Angebot zum Gegenstand einer Anmeldung eines gewerblichen Schutzrechtes zu machen, ist das in den Erläuterungen zum Angebot deutlich anzugeben.

## **7. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfe, sonstige Hinweise**

Die zuständige Nachprüfungsbehörde ist die

Vergabekammer des Bundes  
Villemombler Straße 76  
53123 Bonn  
Tel.: 0228 9499-0  
Fax: 0228 9499-163  
E-Mail: [vk@bundeskartellamt.bund.de](mailto:vk@bundeskartellamt.bund.de)  
Internet: <http://www.bundeskartellamt.de/SharedDocs/Kontaktdaten/DE/Vergabekammern.html>

Der Bewerber / Bieter wird aufgefordert, die Teile seines Teilnahmeantrags (und später ggf. seines Angebots), die ein Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis beinhalten,

deutlich zu kennzeichnen. Geschieht dies nicht, kann die Vergabekammer im Falle eines Nachprüfungsverfahrens gegebenenfalls von einer Zustimmung auf Einsicht in seine Unterlagen ausgehen (§ 165 Abs. 3 GWB). Die FAIR ist als Vergabestelle bei der Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens dazu verpflichtet, die Vergabeakten der Vergabekammer sofort zur Verfügung zu stellen (§ 163 Abs. 2 Satz 3 GWB).

Bewerber / Bieter haben einen Anspruch auf Einhaltung der bieterschützenden Bestimmungen über das Vergabeverfahren gegenüber dem Auftraggeber (§ 97 Abs. 6 GWB). Sieht sich ein am Auftrag interessierter Bewerber / Bieter durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften in seinen Rechten verletzt, ist der Verstoß innerhalb von zehn Kalendertagen bei der FAIR zu rügen (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 GWB).

Verstöße, die aufgrund der Bekanntmachung oder der Vergabeunterlagen erkennbar sind, müssen spätestens bis zu der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Abgabe der Bewerbungen (bzw. Angebote) gegenüber der FAIR geltend gemacht werden (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 - 3 GWB).

Teilt die FAIR dem Bewerber / Bieter mit, seiner Rüge nicht abhelfen zu wollen so besteht die Möglichkeit, innerhalb von 15 Tagen nach Eingang der Mitteilung einen Antrag auf Nachprüfung bei der o.g. Vergabekammer zu stellen (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 GWB).

Bieter, deren Angebote für den Zuschlag nicht berücksichtigt werden sollen, werden vor dem Zuschlag gemäß § 134 GWB darüber informiert. Ein Vertrag darf erst 15 Kalendertrage nach Absendung dieser Information durch die FAIR geschlossen werden. Bei Übermittlung per Fax oder auf elektronischem Wege beträgt diese Frist zehn Kalendertage. Sie beginnt am Tag nach Absendung der Information durch die FAIR. Nach Ablauf dieser Frist ist ein Zuschlag möglich, auch wenn eine Frist nach § 160 Abs. 3 GWB noch nicht verstrichen sein sollte. Ein Nachprüfungsantrag müsste daher zur Verhinderung eines Zuschlags vor Ablauf der Frist nach § 134 GWB der FAIR durch die Vergabekammer zugestellt worden sein. Die Unwirksamkeit einer Beauftragung kann gemäß § 135 Abs. 1 und 2 GWB nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen ab Information über den Vertragsabschluss, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Vergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Vergabe im Amtsblatt der Europäischen Union.

Informationen gemäß Art. 13 DSGVO zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten im Rahmen unserer Geschäftsbeziehung erhalten Sie unter:  
[www.gsi.de/datenschutzhinweise](http://www.gsi.de/datenschutzhinweise)

FAIR - Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH